







Main table containing various stock market listings, including sections for 'Aktien', 'Obligationen', 'Bank-Aktien', 'Industrie-Aktien', and 'Schiffbau-Aktien'. Each entry includes a company name, a numerical value, and a small icon.



Vor 100 Jahren.

Tageschronik des Befreiungskrieges.

10. Februar 1813.

Die erste Reihe freiwilliger Sachsen wird in den Berliner Zeitungen angepöbeln. Für die Folgezeit haben Berliner und andere Blätter eine fälschliche Aufschrift unter der Aufschrift 'Waterlandsliebe'. Die ersten Befreiungskriegslauten: Der Landes-Präsident, Salzbath Polier, erzieht sich, einen unbedenklichen Freiwilligen vollständig auszurüsten und berufen zu machen. — Der Vorsteher der Wittenberg-Arztgenossenschaft ist, einem Freiwilligen zu bekommen. — Die zurückgebliebenen Mitglieder der zweiten Kompanie des Kadettenkorps, obgleich nicht an Zahl, doch an Jahren ihren bereits nach Preußen abgegangenen Mitriden nachziehend, um wie die Bahn des Wittenbergs im Kampf für König und Vaterland ihren betreten zu können, haben ihren Vertriebenes dadurch zu bewahren gesucht, daß sie unter 40 Pfaler gesammelt und als Beitrag zur Ausrüstung eines Freiwilligen eingekauft haben.

Da auf die Verordnung vom 9. hin viele über 24 Jahre alte, also der Militärpflicht nicht unterworfenen Männer sich zum freiwilligen Dienst melden, sieht sich der König zu einer ergänzenden Erklärung genötigt:

Der patriotische und mutvolle Sinn so vieler hiesiger junger Männer, welche ihre Dienste über das auf 24 Jahre bestimmte Alter hinaus dem Vaterlande als freiwillige zu widmen wünschen, veranlaßt mich, zu erklären, daß die gesetzliche Bestimmung vom getrigten Tage über das Dienstalter nur die Verbindlichkeit fest abweisen, keineswegs aber diejenigen aus schließen soll, die älter als 24 Jahre, ihr innerer Beruf zu den Waffen führt. — Napoleon o fängt an, Preußens Mänteln mittrauisch zu betrachten. Er gibt dem Minister des Auswärtigen in Paris am 10. den Auftrag: Schreiben Sie an Herrn St. Marcan (den französischen Gesandten am preussischen Hof), daß die große Restauration in ganz Preußen mit Offizieren, denen der Kaiser nicht trauen darf, uns nur beunruhigen kann, und daß ich wünsche, alles sollte ruhig bleiben. Die Mänteln gingen jedoch weiter, wenn auch immer noch die 'offizielle' Freundschaft mit Frankreich aufrecht erhalten blieb.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 10. Februar 1913.

Im Bundesratssitzung: Staatsrat Dr. Bischoff. Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung nach 2 1/2 Uhr. Zunächst wurde die Wahl des Abg. Seid (Nied.) für 6. Hannover für gültig erklärt und beschlossen, über die gegen die Wahl des Abg. v. Vebert (Nied.) für 14. Sachsen (Worm) erhobenen Proteste Beweis zu erheben.

Einige Redner sprachen über die Schutzzölle seit 1908 erlassenen Anleihegesetz war eine Denkschrift vorgelegt, die der Reichstag zur Kenntnis nahm.

Hierauf legte das Haus die Spezialberatung des Justiz-Etats fort. Es lagen dazu vor die Resolution Bahermann-Etats (Nied.) auf Einräumung eines Vorkaufrechtes für Gemeinden, Provinzen, und die Resolution Weller (Nied.) über den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses, sowie die Resolution des Reichspartei, bez. die Verfügung über den Miet- oder Pachtzins dem Hypothekengläubiger gegenüber.

Abg. Dr. Mohr (Niederrh.) sprach: Dem Gedanken, daß der heutige Richter sich nicht von den Anforderungen der Klassenjustiz emancipieren könne, müssen auch wir entgegenzutreten. Der Abg. Weller hat wieder verlangt, daß die Gerichte solche Gutachten ausstellen, die sich auf Ministerliche Fragen beziehen. Es fehlt jetzt die reine Neutralität in Fragen der Kunst. Ministerliche Verfügungen müssen vermieden werden, Sachverständige in Kunstfragen sind nicht zu entbehren. Dagegen stimme ich mit dem Abg. Weller überein in der Frage des Zwangsvergleichs außerhalb des Konkurses. Alle Kaufleute und Bankiers sind unbedingt Anhänger des Zwangsvergleichs außerhalb des Konkurses. Gegen die Grundidee, aus denen heraus Herr Schiffer ein Vorkaufrecht von Staat und Gemeinden bei Subhastation fordert, habe ich an sich nichts einzuwenden. Trotzdem bin ich gegen die Anwendung dieses Vorkaufrechtes. Der Zentralrat des Bankiersverbandes hat schon vor Jahren in dem Eingabe an das Reichsjustizamt den Schutz des qualitätsreichen Erwerbers gegenüber den handlungs Unwürdigen gefordert. Das Reichsjustizamt sollte diese Frage im Auge behalten. Von großen Schäden aus wird durch Ankauf und Neibeide das plate Land bereit, die unter den unglücklichsten Vorbedingungen bei der kleinbäuerlichen und ländlichen Bevölkerung ihrer Ware abzugeben werden. Hier muß dringend nach Mitteln gesucht werden, um diesem Uebel zu steuern. Die Denkt der Staatsfiskus über die Frage, ob bei der Reduzierung der Schöffengerichte auch Frauen angezogen werden sollen? Der preussische Minister der Innern hat die Polizeibehörden angezogen, bei Anmeldung von Arbeitsverträgen in das Vereinsregister zwar keinen Einpruch zu erheben, aber die Amtsgeschäfte darauf aufmerksam zu machen, daß die Polizei die Eintragung für unzulässig halte; diese erfolgte Eintragung sollten auch nicht werden. Hauptsächlich wird jedoch Amtsgeschäfte Manns genug sein, jeder Verwaltungsbefehl, die in die Rechtspflege eingreift, die Zeit zu weilen. Das rigorose Vorgehen des Ministers gegen die Strafreiterei ist um so auffälliger, als sonst die feststehende Milde obwalten scheint. Der 'Bund der Landwirte', 218 Berlin, Delfiner-Strasse 26, ist 1900 eingetragen worden, weil er kein politischer Verein sei. Bei demselben Amtsgericht Berlin-Mitte ist auch der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie eingetragen. Das Amtsgericht ist nun, daß außer diesen beiden Vereinen kein politischer Verein in das Register eingetragen ist. Beim Amtsgericht in Charlottenburg ist der Verein dreizehnere Männer für Bismarcksdorf eingetragen, obwohl der Verein die Unvollständigkeit beantragt hatte, sich gegen einen politischen Verein zu bezeichnen. Diese Verträge kontra legen ich auf das höchste zu bejahen. Das muß das Vertrauen zur Justiz untergraben.

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Bischoff: Die Frage der Reichsjustizbehörde der Weistatuten bedarf einer eingehenden Prüfung, und diese wird vom Reichsjustizamt in Angriff genommen werden. Es ist mir nicht entgegen, daß Verträge, bei denen ein Anknüpfer nur 1500 Mark erhält, während seiner Ehefrau weitere Bezüge gemäß werden, in letzter Zeit zuzunehmen. Das Reichsgericht hat in letzter Zeit nur die Verträge als gegen die guten Sitten verstoßend angesehen, wenn der Gesamtbetrag das Maß dessen übersteigt, was der Anknüpfer zum Unterhalte seiner Familie bedarf. Die Frage ist sehr wichtig, so daß daran gedacht werden muß, in eine eingehende Prüfung zu ziehen. Die Ausführungen des Herrn Schiffer betreffen bedeutungsvolle Fragen der Ehegattenberechtigung. Sie sind auch deshalb so wichtig, weil sie auf das Wohnungsverhältnis einen großen Einfluß haben.

Deshalb scheint ihr die Regierung aus einer dauernden Aufmerksamkeits. In den Gemeinden, Kommunalverbänden und dem Staate tatsächlich ein Vorkaufrecht zuzubilligen sei, das auch allerdings noch näher geprüft werden. Der Erwerb eines Grundstücks in der Subhastation wird dadurch häufig schwer geschädigt, daß die Mieten auf lange Zeit verpachtet sind. Wir sind schon in eine eingehende Prüfung der Frage eingetreten. Die Paragraphen 21 und 22 des Reichsjustizgesetzes ergeben die Frage, unter welchen Voraussetzungen ein Verein kein Reichsjustizamt erlangt. Der Minister des Innern hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Arzte-Vereine nicht eintraugungsfähig sind, also unter den § 22 fallen. Ich verleihe deshalb nicht, wie der Herr Vorredner behaupten konnte, daß durch das Vorgehen und den Erlaß des Ministers des Innern die Bestimmungen des Reichsjustizgesetzes ausgeschaltet worden sein sollen. Der Bund der Landwirte ist jederzeit als politischer Verein eingetragen und als solcher angeknüpft worden. Die Verwaltungsbehörde kann gegen eine solche Eintragung Einpruch erheben. Wo aber ein solcher Einpruch nicht erhoben wird, da muß die Eintragung erfolgen.

Abg. v. Trampe (Niederrh.): Der Minister Staatssekretär des Reichsjustizamts den Vorwurf, daß die Justiz, er verflüchtigt den Gesetzesverstoß seitens Preußens ruhig zuseht. Ich erinnere an die Verletzung des Freiheitsgesetzes und an das Weistatutengesetz.

Abg. Vandsberg (Sax.): Dem Gedanken, die Polizeifrage einzuführen, müssen wir absehen. Bei der Einführung wird unschuldig erlittene Unterdrückung müßte alle Härten vermeiden werden. Wenn wir von Klassenjustiz sprechen, liegt es es völlig fern, den Richter Reichsjustiz vorzumerken. Wir meinen nun, der Richter urteilt aus seinem Willen heraus und könne sich von der dort herrschenden Vorurteile nicht frei machen.

Abg. Wolf (Sax.): Große Mänteln haben sich bei den Gesetzgebungen mit beschränkter Fassung herausgestellt. Eine Revision des Gesetzes erscheint notwendig. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. Weiterberatung; vorher kurze Anfragen, Abkündigung über die Zollreicherung bei der Polizeieinführung, Resolutionen zum Kapitel Gesundheitsamt. Schluß nach 6 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 10. Februar 1913.

Im Regierungssitzung: Minister v. Breitenbach. Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Kösig eröffnete die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Die Beratung des Etats der Bauverwaltung wurde beim Titel Ministergehalt fortgesetzt.

Abg. Frhr. v. Maltsahn (Konf.): In den Hauptverträgen ist etwas Vorparatig gefastet worden. Ein erfreuliches Zeichen der Fortschritte, die der Minister der öffentlichen Arbeiten für unsere Volkswirtschaft zeigt, ist ferner, daß im Extraordinarium große Mittel gefordert werden zur Erweiterung des Fischereihafens in Westmünde. Ich möchte der Minister bitten, diesen Weg weiter zu befreiten. Der Abg. Frhr. v. Jähig hat Kompensation für Schleusen für die Konkurrenz des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin verlangt. Stettin wird durch die Konkurrenz Schleusen zurückgebrängt werden. Stettin muß unter allen Umständen konkurrenzfähig erhalten bleiben. Eine Reform des Wohnungsverhältnisses und zwar durch Gesetz, ist dringend notwendig (Sehr richtig! richtig), aber das Wohnungsrecht muß nicht im Reich, sondern in Preußen gemacht werden. Wir können uns in preussischen Angelegenheiten nicht vom Reich Vorritten absehen lassen (Sehr richtig! richtig).

Abg. Dr. Kämig (Konf.): Von größter Bedeutung ist der Bau des Rhein-Maas-Schelde-Kanals. Im Interesse der westdeutschen Industrie bitte ich den Minister, das Kanalprojekt zu verbinden und mit Belgien und Holland sich ins Vernehmen zu setzen.

Minister v. Breitenbach: Die Regierung hat alles vorbereitet, um festzustellen, ob durch Zufälligkeiten ein Ausgleich zwischen den Interessen Stettins und denjenigen Oberhaveln herbeiführt werden könnte. Eine Bereinigung wird durch die Zusammenlegung der Strombauwerke erzielt werden. Was nun den Bau des Rhein-Maas-Schelde-Kanals betrifft, so bin ich zu dem Resultat gekommen, daß das Hauptinteresse an dem Bau dieses Kanals jenseits der Grenze liegt.

Abg. Nübling (Niederrh.): Ich möchte der Regierung die Bitte aus dem Vorgesetzten, den Rhein-Danower-Kanal nicht bei Hannover enden zu lassen, sondern ihn nach Hildesheim und Braunschweig zu verlängern. Für den Lippe-Zeitelkanal sprechen sehr wichtige Gründe. Was die Frage der Konkurrenz zwischen Stettin und Oberhaveln betrifft, so muß die Regierung alle Sorgfalt aufwenden, um zu verhindern, daß Stettin in dem schweren Konkurrenzkampf mit Hamburg behindert wird. Andererseits muß sie dafür sorgen, daß die oberhavelische Industrie zu ihrem Rechte kommt. Was die Frage anbelangt, ob außer dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten, wie es jetzt besteht, noch ein besonderes Ministerium für Bau- und Wasserbauwesen errichtet werden soll, so ist ein Zeit meiner Freude für diese Frage zu bestehen. Ich bin auch der Auffassung, daß das Wohnungsverhältnis selbständig von Preußen geregelt werden kann. Es ist nicht empfehlenswert, die Kompetenz des Reichs in unartifizier Weise zu erweitern.

Abg. Nolten (Niederrh.): Der Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin geht der Vollendung entgegen, und man fragt sich, warum Berlin noch immer keinen Hafen erbaut hat. Als der Plan für den Kanal fertiggestellt war, kaufte die Stadt Berlin ein Terrain für den Hafen und brachte auch sonst noch große pekuniäre Opfer. Die Eisenbahnverwaltung hat aber Schwierigkeiten gemacht und unerwünschte Anforderungen gestellt. Die Kanalverwaltung des Reichs ist abhängig von der Frage der Schiffahrtsgesellschaft auf dem Rhein in Angriff genommen werden. Im Groß-Berlin führt die Polizei jetzt einen bitteren Kampf gegen Materialerwerb. Dadurch werden aber auch die Grundbesitzer unzulässig benachteiligt. Die Hauptfrage sollte doch endlich einen Unterschied zwischen Wohn-, Geschäft- und Industriezonen machen. Der Minister will kein Betriebszentrum schaffen. Dieses schließt sich aber von selbst. Da die Wohnungsverhältnisse und die Wohnungsverhältnisse auf sich schwer machen lassen, so bitte ich den Minister, daß die Wohnungsverhältnisse auf die Städte übertragen wird.

Minister v. Breitenbach: Ich würde die Trennung des Wasserbauvertrags von der Eisenbahnverwaltung wenn nicht für verhängnisvoll, so doch für einen Fehler halten. Die Schiffahrt hat 1911 unter der Ähre allerdings schwer gelitten, und wir sind ihr auch durch Herabsetzung der Schleusen- und Dammgebühren weit entgegengekommen. Wir wollen jetzt auch alles tun, damit sie sich von den Schäden nicht mehr erholen kann. Die Schiffahrtsgesellschaft Stettins durch die Schiffsgefahr ist nicht von der Konkurrenz Stettin Konkurrenz erhalten. Die Verhandlungen über den Anschluß eines neuen großen Hafens in Berlin an die Eisenbahn sind jetzt abgeschlossen, und was von der Eisenbahnverwaltung

tung gesehen kann, wird gesehen, um den Anschluß an die Eisenbahn rechtzeitig fertigzustellen. Abg. Brors (Konf.) verlangte, daß die Regierung die Hebung eines bei Wilhelm am Rhein gesunkenen Dampfes veranlasse. Ein Regierungssprecher teilte mit, daß alles angeordnet sei, um das Bruch zu beheben.

Abg. Pippmann (Niederrh.): Der Abg. v. Jähig brachte die oberhavelischen Beschwernis vor, und sagte, es müsse etwas geschehen. Daraufhin hat der Minister erklärt, sei kein Gegenstand unterworfen. Ich bitte das Haus, sich bezugsnehmend darauf zu richten, daß andere beachtenswerte Interessen dadurch nicht geschädigt werden dürfen. Ich habe nicht das Gefühl, daß die Rechte dem neuen Wohnungsverhältnis freundlich gegenüber stehen.

Abg. v. Sydeman (Konf.): Die Handhabung der Bauverordnungen hat so große Härten, namentlich unter den kleinen Rentnern hervorgerufen, daß ich die Aufmerksamkeit des Ministers auf diese Verordnungen lenken muß. Die Bauverordnungen sollen nicht nur die Sicherheit und Gesundheit nach jeder Richtung Gewähr geleistet wird, aber darüber hinaus heilsame Bestimmungen zu treffen, das ist ungenügend und unbillig. Minister v. Breitenbach: Bereits im Herbst sind Spezialkommissionen über die Erteilung der Bauverordnungen ernannt worden, die sehr milde sind. Zweifellos werden wir den einzelnen Beschwerden, die an uns gelangen, nachgeben müssen. Beschwerden liegen bei mir nicht vor. Ich war daher erkrankt, hier eine so lebhafte Beschwerde zu hören.

Das Kapitel des Ministeriums wurde darauf bewilligt. Bei dem Kapitel Bauverwaltung bemerkte

Abg. Dr. König (Konf.): Der Brand des Theaters des Reichs konnte eine so große Ausdehnung annehmen infolge einer verbotswidrigen Anwendung einer Holzgasse. Eine Revision bei allen Theatern hat eine Reihe von Mängeln entdeckt. Man hat nun gestattet, daß die Befestigung dieser Mängel erst im Sommer vorgenommen zu werden braucht. Ich glaube kaum, daß die zuständige Behörde die Verantwortung übernimmt, daß bis zum Sommer die Sicherheit des Publikums in den Theatern nicht erneuert bleibt. Ein Regierungssprecher: Es wurde mit Rücksicht auf die erhebliche Schwächung, die dem Unternehmer und den Zuschauern bei einem solchen Unfall der Vorstellungen zugefügt werden würde, gestattet, daß die Ausbesserung erst nach einer gewissen Zeit ausgeführt werden kann.

Abg. Pippmann (Niederrh.) führte darüber Klage, daß die außerordentlichen Landmesser jeden Tag befürchten könnten, entlassen zu werden.

Ein Regierungskommissar erwiderte, daß bereits eine bedeutende Stellenvermehrung eingetreten sei.

Die Abg. Köhde (Freiwil.), Puffe (Konf.) und Bärsch (Niederrh.) legten die Wünsche der Strommeister dar.

Ein Regierungskommissar führte aus, daß die Strommeister durch Zulagen und Erleichterungen des Dienstes schon wesentliche Vorteile erhalten hätten.

Bei den Ausgaben für die Abwendung und Bekämpfung der Hochwasser- und Eisgefahr beantragte

Abg. v. Bergh (Konf.): Einstellung größerer Mittel für die Befestigung der Uferlinien an der Elbe, an der Schelde und an der Unterhavel. Staatssekretär Frhr. Goltz von der Brügggen: An der Elbe sind zu diesem Zweck ganz erhebliche Mittel angewandt worden.

Abg. Schiffer (Niederrh.) forderte Mittel zur Befestigung der Sturmhäfen an der schleswigenischen Riffe.

Unterstaatssekretär Frhr. Goltz von der Brügggen: Nachdem die örtlichen Interessenten sich zu Beiträgen bereit erklärt haben, werden auch Staatsmittel gewährt werden.

Abg. Graf von der Groeben (Konf.) wünschte die Anlage von neuen Fischweiden an der Elbe.

Ein Regierungskommissar erklärte, die Regierung werde dieser Frage große Aufmerksamkeit zuwenden.

Abg. Wacker (Niederrh.) regte die Schaffung einer zweiten Rheinlinie auf deutscher Seite an.

Minister v. Breitenbach: Es handelt sich bei diesem Vorschlag um eine Projekt. Nach dem einen soll der Rhein von Binn nach der Einmündung abgeleitet werden. Nach dem zweiten soll die Ableitung von West aus erfolgen. Das letztere Projekt bietet einerlei finanzielle Schwierigkeiten wie das erste und wird einer Nachprüfung unterzogen werden.

Abg. Schwabach (Niederrh.): Auch wir bestritten eine bessere Dünenbefestigung an der Elbe.

Der Antrag auf Erhöhung der Mittel für Dünenbefestigung an der Elbe wurde der Subkommission überlassen.

Dieser wurde die Weiterberatung auf Dienstag 10 Uhr vertagt.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Oeffentliche Stadtverordnetenversammlung.

Halle, 10. Februar 1913.

Vorsitzender: Stellvertretender Vorsitzender: Vorsitzender: Dr. Pösching. Er teilte mit, daß der Vorsteher Schömann Professor Dr. Schmidt-Rimpke einen dreimonatigen Urlaub zur Wiederherstellung seiner Gesundheit nachgedacht habe. Ferner glaube der Vorsteher, daß er sein Amt als Vorsitzender niederlegen müsse, weil die Wiederherstellung seiner Gesundheit doch länger dauere, als er vorausgesetzt habe, weil er sich also schonung ausruhen müsse. Er danke für das Entgegenkommen und Wohlwollen, das er bei der Bereinigung gefunden habe. Als Stadtvorsteher möge der Vorsteher der Veranstaltung auch ferner angeschlossen. Wir warmen aufrichtigen Dank an den sein Amt niederlegenden Vorsteher gebührt der Stellvertreter rühmend der Verdienste, die sich der Herr Oberbürgermeister als Stadtvorsteher, wie als Vorsteher erworben habe, seiner Unparteilichkeit und Gerechtigkeit, seinem Wohlwollen, die Rechte der Bevölkerung unerschrocken aufrecht zu erhalten (Beifall).

Zur Kenntnis gebracht wird ein Dank schreiben der Stadtverordnetenversammlung, ferner ein Dank schreiben des Professors Otto Kubitz in den gewählten Ehrenfalle, sowie eine Einladung des Bezirksvereins 'Jugendgesundheitsbund' zum Besuche der am 18. Februar in den 'Germaniahäusern' stattfindenden Versammlung, der ebenfalls auch der Herr Oberbürgermeister und Herr Stadtvorsteher anwesend sein werden. Vom Vortrage gelangen hierauf mehrere Eingaben. Eine Eingabe des Bürgermeisters Krotke wird dem Bauausschuß überwiehen, eine andere des Zentralvereins für Haushaltungsausangestellte, der die Förderung des Bundes der Fortbildungsinstitute von Hausangehörigen seitens der Stadtverordnetenversammlung, eine dritte Eingabe, in welcher der Verein eine Veränderung der städtischen Interessen eine Veränderung der städtischen Interessen an der Liebenauer und Weßener Straße beantragt, erfährt über-

Werbung an den Bauern, daß für eine Gedenkfeste der ...

16 Stadtbörzene bestrafen eine Erhöhung der Gehälter der Magistratsmitglieder.

Das Gehalt des Oberbürgermeisters soll danach um 8000 M. ...

Die Festlegung des Stadtbauausbauplanes für ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

zum Preise von 50 Pf. ...

Personalnachrichten. Personalien der Schule.

III. Aus dem Schulbezirk des Regierungs-

IV. In den Ruhestand sind versetzt worden:

VI. Verlebte Stellen.

Unterrichtsursus für Lehrer in Geflügelzucht.

Unterrichtsursus für Lehrer in Geflügelzucht.

Unterrichtsursus für Lehrer in Geflügelzucht.

Unterrichtsursus für Lehrer in Geflügelzucht.

Unterrichtsursus für Lehrer in Geflügelzucht.

Unterrichtsursus für Lehrer in Geflügelzucht.

Unterrichtsursus für Lehrer in Geflügelzucht.

Unterrichtsursus für Lehrer in Geflügelzucht.

Unterrichtsursus für Lehrer in Geflügelzucht.

Unterrichtsursus für Lehrer in Geflügelzucht.

Unterrichtsursus für Lehrer in Geflügelzucht.

Aus Halle und Umgebung.

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Wissenschaft, Kunst, Theater und Musik.

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Wasserstände von Saale und Unstrut.

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...

Die Vergrößerung des Zoologischen Gartens ...